

Umfrage enviaM-Gruppe: Klimaschutz – Ostdeutsche sind gern bereit, ihren persönlichen Beitrag zu leisten



Die Ostdeutschen sind gern bereit, ihren persönlichen Beitrag zu leisten, um die Klimaschutzziele in Deutschland zu erreichen. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist gewillt, ihr eigenes Verhalten zu verändern, um die angestrebte Klimaneutralität bis 2045 zu bewerkstelligen. 60 Prozent der Bürger wollen ihren Energieverbrauch senken; 47 Prozent ihre Mobilitätsgewohnheiten anpassen und 41 Prozent ihre Ernährung umstellen, sprich auf regionale und Bio-Produkte achten und ihren Fleischkonsum verringern. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des IMK Instituts für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung im Auftrag der enviaM-Gruppe.

„Es ist erfreulich, wie stark der Wille der Ostdeutschen ist, persönlich mehr für den Klimaschutz zu tun. Die Bürger haben verstanden, dass sie angesichts des fortschreitenden Klimawandels selbst aktiv werden müssen. Dies ist ein ermutigendes Zeichen. Denn ohne die Mitwirkung der Bevölkerung ist die Klimaneutralität bis 2045 nicht zu schaffen“, betont der enviaM-Vorstandsvorsitzende Dr. Stephan Lowis.

Klare Erwartungen an neue Bundesregierung und Energieversorger

Von der Politik fordern die Ostdeutschen deutlich mehr Engagement für den Klimaschutz. Lediglich 18 Prozent der Bürger halten es für wahrscheinlich, dass

die bisherigen Maßnahmen ausreichen werden, um die Klimaschutzvorgaben zu erfüllen.

Die Ostdeutschen haben klare Vorstellungen, welche Maßnahmen die neue Bundesregierung nach ihrem Amtsantritt sofort umsetzen sollte, um den Klimaschutz voranzubringen. 47 Prozent der Bürger sprechen sich für ein Verbot von unnötigem Verpackungsmaterial aus; 30 Prozent für eine stärkere Förderung eines klimafreundlichen Verbraucherverhaltens; 29 Prozent für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sowie jeweils 28 Prozent für mehr finanzielle Förderung für den Bereich Verkehr und für eine Entlastung bei den Energiekosten für Geringverdiener.

Auch an ihren Energieversorger haben die Ostdeutschen beim Klimaschutz konkrete Forderungen. 51 Prozent der Bürger verlangen kostensparende Angebote wie zum Beispiel günstigere Tarife für Ökostrom. 45 Prozent würden es begrüßen, wenn klimafreundliches Kundenverhalten belohnt wird. 30 Prozent würden sich über mehr klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen freuen. Vor allem jüngere Befragte wünschen sich einen „grünen Energieversorger“, der als klimaneutrales Unternehmen auftritt und klimafreundliche Initiativen unterstützt.

Absage an höhere Steuern und Abgaben für Klimaschutz

Auf wenig Gegenliebe stößt bei den Ostdeutschen, für den Klimaschutz mehr zu bezahlen. 61 Prozent der Bürger lehnen es ab, höhere Steuern und Abgaben zu zahlen, um das Klimaziel zu erreichen. Lediglich 20 Prozent können sich vorstellen, bis zu 50 Euro mehr pro Monat aufzuwenden; nur 5 Prozent bis zu 100 Euro. Die Abneigung ist bei der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren am höchsten.

„Die Ostdeutschen senden deutliche Signale an die Politik. Die Bürger sind gern bereit, sich persönlich stärker für den Klimaschutz einzubringen, wollen dafür im Gegenzug aber nicht mehr Steuern und Abgaben zahlen. Dies sollte die neue Bundesregierung bei ihrer Klimapolitik zwingend beachten und die Haushalte insbesondere beim Strompreis stärker entlasten. Ein Vorschlag wäre, die EEG-Umlage noch weiter abzusenken und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu reduzieren. Dies würde sich für die Verbraucher spürbar bemerkbar machen“, so Lowis weiter.

Die Klimaneutralität 2045 war auch Thema des 14. enviaM-Energiekonvents am 05. Oktober 2021 in Leipzig. Unter der Überschrift „Gut für das Klima – gut für uns. Wie werden wir klimaneutral?“ diskutierten namhafte Experten mit dem enviaM-Vorstandsvorsitzenden Dr. Stephan Lowis. Eingeladen waren Dr. Gerd Lippold, Staatssekretär im sächsischen Ministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Dr. Carsten Rolle, Abteilungsleiter Energie und Klimapolitik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rebecca Freitag, ehemalige deutsche UN-Jugenddelegierte für nachhaltige Entwicklung,

Umweltwissenschaftlerin und Klima-Aktivistin, und Astrid Münster, Bürgermeisterin der Stadt Bad Dübau. Weiterführende Informationen zum enviaM-Energiekonvent sind im Internet unter www.enviam-gruppe.de/unternehmen/enviam-gruppe/enviam-energiekonvent/2021 abrufbar.

Hintergrundinformationen

Die Umfrage der enviaM-Gruppe wurde vom IMK Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung, Erfurt, im September 2021 als Online-Befragung durchgeführt. Angesprochen wurden 1.000 Personen in Ostdeutschland. Die Repräsentativität ist durch Quotenvorgaben (Bundesland, Geschlecht, Alter) und Gewichtung sichergestellt. Die vollständigen Ergebnisse sind unter www.enviam-gruppe.de/presse/pressemitteilungen/2021 abrufbar.